

Protokolleintrag vom 06.09.2006

2006/367

Postulat von Bruno Amacker (SVP) vom 6.9.2006: Filmförderung, Verwendung von Mitteln für die Flüchtlingsrealität

Von Bruno Amacker (SVP) ist am 6.9.2006 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Mittel aus der Filmförderung dazu verwendet werden können, um potentielle Flüchtlinge in ihrer Heimat über die Realität des Flüchtlingsalltages in der Schweiz aufzuklären und sie von einer Flucht abzuhalten.

Begründung:

Die Stadt Zürich gibt enorm viel Geld zur Förderung von Filmen aus, welche ausser ihre Macher und deren zugewandte Orte kaum jemanden interessieren. Wenn schon nicht zu vermeiden ist, dass dafür Geld ausgegeben wird, so soll dieses Geld doch wenigstens der Allgemeinheit einen Nutzen bringen und Menschenleben retten. Deshalb ein Vorschlag für folgendes, im Ausland bereits sehr erfolgreiches Filmprojekt, welches durch bereits gesprochene, zweckgebundene Gelder der Stadt Zürich realisiert werden soll:

Die Honorar-Konsulin Guineas in Las Palmas, eine der von Immigration am stärksten betroffenen Gegenden Europas, hat unter dem Titel „Europa, Paradies oder Fata Morgana“ einen Dokumentarfilm über die Realität des Flüchtlingsalltages in Europa gedreht. Dieses Werk hat sie in Schulen, Spitälern, Kinos, etc. in Guinea einer breiten Bevölkerung vorgeführt. Als Folge davon ging die Zahl der Flüchtlinge aus Guinea um 70% zurück. Viele Menschen, welche von falschen Vorstellungen getrieben die Flucht nach Europa als Rettung sehen, wurden von einer Flucht abgehalten und das Elend, welches sie auf und nach der Flucht erwartet hätte, blieb ihnen erspart.

Es liegt im Interesse der Schweiz und insbesondere der Stadt Zürich, potentielle Flüchtlinge über die Realität hierzulande aufzuklären und vor einer riskanten und leidvollen Flucht zu bewahren. Diese Mittel der Filmförderung würden somit auch zu einer Kosteneinsparung im Zürcher Asyl- und Polizeiwesen beitragen.

Nochmals betont sei aber, dass dazu nur Mittel verwendet werden dürfen, deren Ausgabe unter dem Titel Filmförderung ohnehin nicht zu vermeiden ist. Es dürfen keine zusätzlichen Mittel eingesetzt und schon gar keine neuen Stellen geschaffen werden.